

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 85 8-48-48 ppbn d



Inhalt

Axel Wernitz MdB zeigt
Konsequenzen aus dem
Verfassungsschutzbe-
richt 1977 auf.

Seite 1-3

Fred Zander MdB würdigt
das Engagement der de-
mokratischen Jugendver-
bände auf Kuba.

Seite 4/5

Annemarie Renger MdB
sieht bedenkliche Aspek-
te in einer Abgeordne-
ten-Umfrage.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 140

25. Juli 1978

Sorgfältige Beobachtung unverzichtbar

Zum Verfassungsschutzbericht 1977

Von Dr. Axel Wernitz MdB
Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses

Der Bericht Verfassungsschutz 1977 des Bundesamtes für Verfassungsschutz, den der Bundesinnenminister jetzt vorgelegt hat, ist ein wichtiges öffentliches Dokument für die Einschätzung der Lage und Entwicklung des Rechts- und Linksextremismus, der Spionageabwehr sowie der sicherheitsgefährdenden Bestrebungen von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1977. Man muß Verständnis dafür haben, daß sich infolge des Ministerwechsels die Vorlage dieses Berichtes über den sonst üblichen Juni-Termin hinaus verzögert hat. Für die Zukunft aber sollte in Abstimmung mit den Ländern versucht werden, zu einem Termin in der ersten Jahreshälfte zu kommen.

Bei der parlamentarischen Erörterung des Verfassungsschutzberichtes wird auch einmal der Frage nachzugehen sein, ob Auswahlkriterien und Verfahrensweisen bei der Erstellung des Verfassungsschutzberichtes einer kritischen Würdigung im vollen Umfang standhalten können. Bisher ist es so, daß der vom Bundesinnenminister vorgelegte Verfassungsschutzbericht in wesentlichen Teilen auf Vorgaben der zuständigen Landesbehörden an das Bundesamt für Verfassungsschutz beruht, das den Bericht zusammenstellt. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie weit überhaupt die politische Verantwortung eines Innenministers des Bundes für einen solcher Art zustande gekommenen Jahresbericht gehen kann. Man wird sich in den zuständigen Gremien insbesondere mit der Frage befassen müssen, ob und inwieweit bundesweit auf diesem Gebiet jeweils mit den gleichen "Meßlatzen" gearbeitet wird. Die Diskussionen und Erfahrungen der letzten Monate mit einigen speziellen Verfassungsschutzlisten über Zeitschriften und Organisationen lassen es geboten erscheinen, diesen Fragen

unverzüglich und konsequent nachzugehen, damit die notwendigen Schlußfolgerungen gegebenenfalls in Abstimmung mit den Ländern rechtzeitig für das Jahr 1979/80 gezogen werden können. Die parlamentarische Kontrollkommission und der Bundestagsinnenausschuß werden hier im Rahmen ihrer Zuständigkeit nach der Sommerpause diese Problematik angehen müssen.

Der Innenausschuß wird der Verfassungsschutzbericht ausführlich erörtern. Eine zentrale Rolle dürfte hierbei der Frage nach Möglichkeit und Grenzen der Amtshilfe zwischen Verfassungsschutzbehörden und anderen, insbesondere den Polizeibehörden, kommen.

Der neueste Verfassungsschutzbericht kommt in Übereinstimmung mit den Vorlagen der zurückliegenden Jahre insgesamt zu dem Ergebnis, daß für den Bestand unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung derzeit keine akute Gefahr besteht. Unsere Bevölkerung verdient Dank und Anerkennung dafür, daß sie sich nach wie vor insbesondere gegenüber rechtem und linkem Extremismus sowie Terrorismus in ihrer überwältigenden Mehrheit als immun erweist. Für die demokratischen Parteien darf dies kein Anlaß zu selbstgefälliger Gelassenheit sein, vielmehr stellt sich hier weiterhin die schwierige Aufgabe, dafür zu sorgen, daß Rechtsstaatlichkeit und Effektivität nicht auseinanderfallen.

Die Vorlage des neuesten Verfassungsschutzberichtes bietet aber auch Gelegenheit, den Sicherheitsbehörden im allgemeinen und den Verfassungsschutzbehörden im besonderen für die Wahrnehmung und Erfüllung ihrer gesetzlich fixierten Aufgaben unter schwierigen Bedingungen zu danken. Bei differenzierter Betrachtung der vier genannten Abschnitte des Verfassungsschutzberichtes 1977 bleibt jedoch unübersehbar, daß bestimmte Sicherheitsrisiken forbestehen, beziehungsweise sich neu entwickeln, die der vollen Aufmerksamkeit aller Verantwortlichen bedürfen. Zwar ist die Situation des Rechtsextremismus weiterhin insgesamt durch Mitgliederschwund und Zersplitterung gekennzeichnet. Aber durchaus besorgniserregend ist die Entwicklung bei den neonazistischen Gruppen, wenn man insbesondere berücksichtigt, daß inzwischen auch neonazistische Aktivitäten mit terroristischem Charakter feststellbar sind. Die linksextremistischen Kräfte in der Bundesrepublik haben nach dem vorliegenden Bericht einen begrenzten zahlenmäßigen Anstieg zu verzeichnen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen zwei Aspekte:

1/ Bei Demonstrationen wurde 1977 Gewalt in bisher unbekanntem Maße angewandt und

2/ die grenzüberschreitende internationale Zusammenarbeit links-extremistischer Gruppen im Kampf gegen bestehende Ordnungen vornehmlich gegen die der Bundesrepublik hat sich spürbar verstärkt.

Schließlich ist daran zu erinnern, daß trotz der Fahndungserfolge noch einige mit Haftbefehl gesuchten Terroristen auf freiem Fuß sind. Die aus dem Terrorismus resultierenden Sicherheitsrisiken bestehen insoweit fort.

In der Spionage gehen laut Verfassungsschutzbericht die stärksten Aktivitäten nach wie vor von den Nachrichtendiensten der DDR aus. Die Abwehrerfolge des Jahres 1977 sind zwar nicht von so spektakulär hohem Stand wie im Vorjahr, aber dennoch beachtlich im Vergleich zu früheren Jahren. Die Gefahren der Spionage für die Sicherheit des Staates und seiner Bürger müssen auch in Zukunft einer breiten Öffentlichkeit bewußt bleiben.

Zwar haben die von Ausländern im Bundesgebiet verübten politisch motivierten schweren Gewaltakte den niedrigsten Stand seit 1970 erreicht, dennoch sind die Gefahren, die von Gewaltverbrechen ausländischer Extremisten ausgehen, weiterhin ein ernsthafter Risikofaktor für die innere Sicherheit. Besondere Aufmerksamkeit verdient der Hinweis im Bericht, wonach jene ausländischen Extremistengruppen die Gewalt als Mittel ihrer Politik propagieren, die sich zunehmend mit gleichgesinnten deutschen Terroristen solidarisieren und sich gegenseitig unterstützen.

Der Verfassungsschutzbericht 1977 zeigt insgesamt realistisch - ohne zu verharmlosen oder zu dramatisieren - potentielle Gefahrenherde für die öffentliche Sicherheit auf. Ihre sorgfältige Beobachtung durch die zuständigen Sicherheitsbehörden bleibt auch in Zukunft unverzichtbar, um jeweils rechtzeitig und richtig handeln zu können.

(-/25.7.1978/vo-he/ben)

+ + +

Erfolgreiche Reise nach Havanna

Auseinandersetzungen mit Kommunisten besteht man nicht durch Kneifen

Von Fred Zander

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Vom 28. Juli bis zum 5. August 1978 finden die XI. Weltfestspiele der Jugend statt. Die Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland sind bereits zum Austragungsort, nach Havanna, abgereist. Leider fehlen diesmal die Vertreter der Jungen Union und des RCDS unter den Teilnehmern der demokratischen Jugendverbände. Bei den letzten Weltjugendfestspielen 1973 in Ost-Berlin hatten die Jugend- und die Studentenorganisationen der CDU noch die Chance zur Auseinandersetzung und Selbstdarstellung genutzt. Dies war auch vernünftig. Denn wer von der Richtigkeit seiner Meinung überzeugt ist, der braucht die Diskussion nicht zu scheuen, sondern sucht sie.

Nach diesem Grundsatz handeln auch diesmal fast alle demokratischen Jugendverbände unseres Landes; ich nenne nur beispielsweise die Katholische Studierende Jugend, die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend, die DGB-Jugend, die DAG-Jugend, die Deutsche Beamtenbundjugend, den Bund der Deutschen Landjugend, die Jungsozialisten, die Jungdemokraten. Im befreundeten westlichen Ausland wird diese Meinung geteilt und es werden Jugendvertreter entsandt. Auch die Internationale der jungen Christdemokraten wird in Havanna dabei sein.

Es ist sicher zu erwarten, daß die orthodox kommunistischen Strategen versuchen werden, die anwesenden Jugendvertreter aus aller Welt durch Bündnispolitik und Aktions-einheiten für ihr Weltbild einzufangen und einzuspannen. Jedoch gilt: Auseinander-setzungen mit Kommunisten besteht man nicht durch Kneifen. Ich halte es auch für falsch, die Jugend aus der Dritten Welt der einseitigen Beeinflussung durch die orthodoxen Kommunisten zu überlassen.

Ich meine, es ist geradezu eine demokratische Pflicht, den Rücken unserer Delegierten aus dem Deutschen Bundesjugendring und dem Ring Politischer Jugend zu stärken

für die zu erwartenden Auseinandersetzungen in Kuba, damit sie Erfolg mit ihrer Reise haben werden. Die Bundesregierung hat sich deshalb auch wie in der Vergangenheit bereiterklärt, den Vertretern unserer demokratischen Jugendverbände einen Zuschuß für ihre Fahrtkosten zu gewähren. Dies wird von der Opposition heftig kritisiert. Die Bundesregierung hält jedoch an ihrer Zusage fest, und ich gehe davon aus, daß dies Geld gut investiert ist. Denn ich habe Vertrauen in unsere freien Jugendverbände und in die Überlegenheit unserer demokratischen Ordnung.

Wir brauchen eine offensive Auseinandersetzung nicht zu scheuen. Vielmehr können wir unsere Jugend ermuntern, in offener Diskussion und mit Selbstbewußtsein unsere Gesellschaftsform, die verbesserungsbedürftig, aber auch entwicklungsfähig ist, als Modell zu empfehlen.

Wer sich hiergegen sträubt, der betreibt eine Politik der Isolation. Hieraus wird auch die generelle politische Linie der Opposition wieder deutlich: Sie war gegen unseren Beitritt in die UNO, gegen eine Teilnahme unseres Landes an der KSZE und nun gegen die öffentlich geförderte Teilnahme unserer demokratischen Jugendverbände am Welttreffen der Jugend. Ich befürchte, daß die CDU/CSU bis heute noch nicht die Hallstein-Doktrin überwinden konnte. Ihre erneute Isolation in der westlichen Welt zeigt ihre Unbelehrbarkeit und ihren sterilen Dogmatismus.

(-/25.7.1978/hi/lo)

Umfrage über Abgeordnete stimmt nachdenklich

Parlamentarier müssen sich bemühen, ihre Arbeit verständlicher zu machen

Von Annemarie Renger MdB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Das Institut für Demoskopie in Allensbach hat in einer Umfrage ermittelt, daß nur 55 Prozent der Bundesbürger der Auffassung sind, man brauche keine großen Fähigkeiten, um in den Bundestag gewählt zu werden. 1972 waren es noch 63 Prozent, die große Fähigkeiten für den Einzug in das Bonner Parlament für notwendig hielten.

Dieses jüngste Umfrageergebnis ist für uns Parlamentarier sicherlich ein Anstoß zum Nachdenken. Wir müssen uns immer wieder bemühen, die Arbeit im Bundeshaus verständlich zu gestalten, damit die Bürger erkennen, was die Abgeordneten wirklich leisten. Allerdings muß auch gesagt werden: Bundestagsabgeordnete sind keine Übermenschen. Ein Mandat im Interesse der Bevölkerung auszuüben, bedarf besonders großer fachlicher Kenntnisse; daneben Intuition, Durchsetzungsvermögen - kurzum politischer Fähigkeiten. Dabei versteht sich, daß die parlamentarische Arbeit im Bundeshaus eben nicht mit herkömmlichen Maßstäben gemessen werden kann. Sonst gäbe es auch keine Fehleinschätzung darüber, daß im Bundestag nur geredet, aber nicht gearbeitet würde. Ich möchte zudem betonen, daß das Ansehen des Bonner Parlaments und die Achtung der Abgeordneten in der Öffentlichkeit in erster Linie von der Leistung des Bundestages für die Bevölkerung abhängt. Hierüber sagen die Ergebnisse der Umfragen nur bedingt etwas aus.

Aus meiner täglichen Erfahrung ergibt sich, daß die Bürger ihren Repräsentanten in Einzelfragen wohl auch kritisch gegenüberstehen. Aber insgesamt weiß die große Mehrzahl unserer Bürger sehr wohl die politische Leistung des Bundestages zu würdigen. Dies hängt aber unter anderem auch davon ab, daß sich die Bürger für die Arbeit der Abgeordneten interessieren und sich darüber informieren.

(-/25.7.1978/bgy/10)

+ + +

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846-48 ppbn d

Inhalt

Anke Martiny MdB warnt vor einer Verwässerung des Verbraucherschutzes bei der Neuregelung der Produzentenhaftung.

Seite 1/2

Klaus Immer MdB kritisiert die "Umsetzung" des Bundesbaugesetzes in CDU-regierten Ländern.

Seite 3/4

Heidemarie Wiczorek-Zeul spricht sich für die Selbst-Organisation arbeitsloser Jugendlicher aus.

Seite 5-7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 141

26. Juli 1978

Industrieverbände gegen besseren Verbraucherschutz

Produzentenhaftung muß Entwicklungsrisiken einbeziehen

Von Dr. Anke Martiny MdB
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-
Bundestagsfraktion

Die europäischen Industrieverbände führen in Brüssel mit besonderer Unterstützung durch den BDI einen bisher offenbar erfolgreichen Kampf gegen den Vorschlag einer EG-Richtlinie über die Produzentenhaftung, die eine einheitliche gesetzliche Regelung der verschuldensunabhängigen Produzentenhaftung für alle Mitgliedsländer der EG bringen soll. Die deutschen Industrieverbände halten die jetzige Regelung in der Bundesrepublik für nicht reformfähig, derzufolge der Käufer keinen Schadensersatzanspruch gegenüber dem Hersteller eines Produkts hat, wenn er durch eine zufällig fehlerhafte Sache oder durch ein neues Produkt mit einem versteckten Fehler verletzt wird oder ihm durch dieses gefährliche Produkt ein Sachschaden entsteht.

Besonders die Einbeziehung der Entwicklungsrisiken, die neue Produkte in Form von versteckten Fehlern in sich tragen können (z.B. bei Autoreifen), wird von den Industrievertretern als nicht versicherbar und damit nicht tragbar